

Zum Stand des jüdisch-christlichen Dialogs heute

Von Andreas Pangritz

Rückblick und Ausblick – Licht und Schatten¹

Vor über vierzig Jahren, am 15. November 1976, kam der Ausschuss „Christen und Juden“ der Evangelischen Kirche im Rheinland zu seiner konstituierenden Sitzung in Düsseldorf zusammen; unter den 22 Mitgliedern waren auch vier Juden, darunter der Rabbiner Yehuda Aschkenasy (Hilversum) und die Politologin Edna Brocke (damals Regensburg). In den ersten Sitzungen wurde insbesondere von den jüdischen Mitgliedern auf die Unvereinbarkeit der Begriffe „Dialog“ und „Mission“ hingewiesen; keinesfalls könnten „Mission und Dialog“ als „zwei Dimensionen des einen christlichen Zeugnisses“ gegenüber den Juden gelten, wie dies in der EKD-Studie „Christen und Juden“ von 1975 behauptet wurde. „Der Missionsbefehl nach Mt 28,19 richte sich an die ‚gojim‘ und nicht an Israel.“²

Nach langwierigen, durchaus kontroversen Diskussionen wurde schließlich auf der sechsten Sitzung am 13. Februar 1978 ein von Heinz Kremers entworfener Text verabschiedet, der eine Absage an die Judenmission beinhaltete: „Die bleibende Berufung Israels verbietet es der Kirche, ihr Zeugnis ihm gegenüber in derselben Weise wie ihre Sendung (Mission) zu allen andern Völkern zu verstehen.“³ Die Formulierung stellte einen Kompromiss dar, der in ähnlicher Form dann auch Eingang in den Synodalbeschluss *Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden* vom 11. Januar 1980 gefunden hat. Er hat in der Folgezeit jedoch Anlass zu einander widerstreitenden Interpretationen gegeben. Während die einen darin geradezu die „Magna Charta“ der Judenmission sahen (Arnulf Baumann), betonten die anderen, es handle sich hier um eine Absage an die Judenmission. Im Dezember 2008 sah sich die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland

1) Impulsreferat auf der Tagung der Synodalbeauftragten für das christlich-jüdische Gespräch sowie der Fachgruppe „Christen und Juden“ der Evangelischen Kirche im Rheinland, Wuppertal, 01.04.2017 (leicht überarbeitete Fassung).

2) Christoph M. Raisig, *Wege der Erneuerung. Christen und Juden: Der Rheinische Synodalbeschluss von 1980*, Potsdam 2002, 135f.

3) Christoph M. Raisig, a.a.O., 152f.

veranlasst, nach Vorarbeit durch den Ausschuss „Christen und Juden“ eine Stellungnahme unter dem Titel *Absage an Begriff und Sache der Judenmission* zu verabschieden, um die Intention des Synodalbeschlusses zu erläutern und zu vereindeutigen.⁴

Blickt man zurück auf die Entwicklung des jüdisch-christlichen Dialogs seit der Verabschiedung der Synodalerklärung, dann wird man nicht behaupten können, dass auf vierzig Jahre Wüstenwanderung der Einzug ins Gelobte Land erfolgt sei. Vielmehr sind zwar Erfolge zu verzeichnen; diesen stehen aber auch Rückschritte gegenüber.

Erfolge sehe ich vor allem auf der kirchlich-institutionellen Ebene. Der Rheinische Synodalbeschluss von 1980 ist zum Anstoß geworden für ähnlich lautende Erklärungen fast aller Landeskirchen. Aussagen über die bleibende Verbundenheit von Christen und Juden sind in die Kirchenordnung einiger Landeskirchen aufgenommen worden. In diesem Fall ging die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau voran, die den Grundartikel ihrer Kirchenordnung am 3. Dezember 1991 um den folgenden Satz ergänzte: „Aus Blindheit und Schuld zur Umkehr gerufen, bezeugt sie [die EKHN] neu die bleibende Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen.“⁵ Die Evangelische Kirche im Rheinland zog am 11. Januar 1996 mit einer ähnlichen Ergänzung ihres Grundartikels nach.

Zu den Erfolgen würde ich die Kundgebung „... der Treue hält ewiglich“ der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 9. November 2016 in Magdeburg zählen, in der die Absage an die Judenmission und die Dankbarkeit für „vielfältige Formen der Begegnung von Christen und Juden“ ausdrücklich betont wird. Dort heißt es im Blick auf „durch solche Begegnungen eröffnete Lernwege“: „Diese bereichern uns. Sie helfen uns, die religiöse Eigenständigkeit des Judentums zu achten und den eigenen Glauben besser zu verstehen [...]. In der Begegnung mit jüdischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern

4) Es folgte im März 2009 eine noch deutlichere Stellungnahme des Zentralkomitees der deutschen Katholiken unter dem Titel Nein zur Judenmission – Ja zum Dialog zwischen Juden und Christen, so dass man hier tatsächlich von einem ökumenischen Konsens reden kann – jedenfalls, was die offizielle kirchliche Ebene betrifft.

5) Vgl. dazu Andreas Pangritz, Die „bleibende Erwählung der Juden“ und das „Bekenntnis zu Jesus Christus“. Zur Ergänzung des Grundartikels der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, in: ders., *Vergegnungen, Umbrüche und Aufbrüche. Beiträge zur Theologie des christlich-jüdischen Verhältnisses*, Leipzig 2015, 257–271.

haben wir gelernt, einander gleichberechtigt wahrzunehmen, im Dialog aufeinander zu hören und unsere jeweiligen Glaubenserfahrungen und Lebensformen ins Gespräch zu bringen.“⁶

Als ein hoffnungsvolles Zeichen würde ich aber auch die Tatsache benennen wollen, dass Veränderungen der kirchlichen Lehre in Bezug auf das Judentum auch von jüdischer Seite wahrgenommen und entsprechend gewürdigt worden sind: Nachdem im Jahr 2000 mit der Erklärung *Dabru emet* des „National Jewish Scholars Project“ überwiegend liberale jüdische Gelehrte sich anerkennend im Blick auf neuere Entwicklungen im Christentum geäußert hatten,⁷ haben sich am 3. Dezember 2015 aus Anlass des 50. Jahrestages der vatikanischen Erklärung *Nostra Aetate* auch orthodoxe Rabbiner mit der bedeutsamen Erklärung *Den Willen unseres Vaters im Himmel tun* zu Wort gemeldet, um den Weg „hin zu einer Partnerschaft zwischen Juden und Christen“ zu beschreiben. Hier heißt es in These 5, dass „Juden und Christen viel mehr gemeinsam“ haben, „als was uns trennt“.⁸

Aber es gibt auch Schatten: Schatten sehe ich in der allgemeinen Stimmung im Kirchenvolk. Hierzu zunächst ein paar subjektive Eindrücke, bei denen ich nicht beurteilen kann, wie repräsentativ sie sind. In Gesprächen mit kirchlichen Praktikern nehme ich zunehmend so etwas wie ein schlechtes Gewissen darüber wahr, dass die Rheinische Kirche 1980 vorangegangen ist. Zwar dürfte der damalige Synodalbeschluss im wesentlichen auch heute noch eine Mehrheit finden; nicht sicher bin ich aber, ob dies auch für den Satz von der „Einsicht“ gilt, „daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind“. Über politische Einschätzungen in diesem Zusammenhang mag man sich trefflich

6) Evangelische Kirche in Deutschland, „... der Treue hält ewiglich.“ (Psalm 146,6) Eine Erklärung zu Christen und Juden als Zeugen der Treue Gottes. Kundgebung der 12. Synode der EKD auf ihrer 3. Tagung, Magdeburg, 9. November 2016.

7) Vgl. National Jewish Scholars Project, *Dabru emet*. Eine jüdische Stellungnahme zu Christen und Christentum, 10. September 2000, in: Rainer Kampling u. Michael Weinrich (Hg.), *Dabru emet – redet Wahrheit*. Eine jüdische Herausforderung zum Dialog mit den Christen, Gütersloh 2003, 9–12.

8) *Den Willen unseres Vaters im Himmel tun: Hin zu einer Partnerschaft zwischen Juden und Christen*, 3. Dezember 2015 <www.jewiki.net/wiki/Orthodox_Rabbinic_Statement_on_Christianity>, letzter Zugriff am 22.12.2018.

streiten.⁹ Mir geht es jetzt nur darum, auf die veränderte Stimmungslage gegenüber 1980 hinzuweisen.

Am Rande der Rheinischen Synode 2017 ist mir die Auffassung eines Synodalen zu Ohren gekommen, dass die Ergänzung des Grundartikels der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 11. Januar 1996, wonach die Kirche „die Treue Gottes, der an der Erwählung seines Volkes Israel festhält“ bezeugt und „mit Israel [...] auf einen neuen Himmel und eine neue Erde“ hofft,¹⁰ der blödsinnigste Beschluss gewesen sei, den die Synode je gefasst habe. Die Gemeinden hätten ganz andere Sorgen. Dies mag so sein; aber auch diese Aussage erscheint mir symptomatisch für einen Stimmungswandel.

Rückschritte oder zumindest Misserfolge sehe ich aber auch auf der für die Zukunft der Kirche zentralen Ebene der theologischen Ausbildung und Weiterbildung. Zu den praktischen Empfehlungen des Synodalbeschlusses von 1980 gehörte auch der Auftrag an die Kirchenleitung, „dafür zu sorgen, daß das Thema Christen und Juden in der kirchlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung angemessen berücksichtigt wird“. Davon ist schon lange kaum mehr etwas wahrzunehmen. Die Synode hielt es damals auch „für wünschenswert, daß an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und an der Gesamthochschule Wuppertal ein regelmäßiger Lehrauftrag mit der Thematik ‚Theologie, Philosophie und Geschichte des Judentums‘ wahrgenommen wird“.¹¹ Auf der homepage der Kirchlichen Hochschule sucht man einen solchen Lehrauftrag heute vergeblich.¹² An der Theologischen Fakultät in Bonn kann

9) Nicht zuletzt angesichts problematischer Entscheidungen der israelischen Regierung, die eine Zwei-Staaten-Lösung immer utopischer erscheinen lassen, stellen sich gerade unter den engagierten Kirchenleuten viele die Frage, ob die Solidarität der Evangelischen Kirche nicht vielmehr den Palästinensern zu gelten habe. So hat sich die Rheinische Synode 2016 sogar veranlasst gesehen, Weltpolitik im Blick auf den Nahen Osten zu machen, indem sie an die Bundesregierung appellierte, einen Staat Palästina anzuerkennen.

10) Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland, Kirchengesetz zur Änderung des Grundartikels der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 11. Januar 1996, in: Hans Hermann Henrix u. Wolfgang Kraus (Hg.), Die Kirchen und das Judentum, Bd. 2: Dokumente von 1986–2000, Paderborn u. Gütersloh 2001, 743f.

11) Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland, Synodalbeschluss „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ vom 11. Januar 1980, in: Rolf Rendtorff u. Hans Hermann Henrix (Hg.), Die Kirchen und das Judentum, Bd. 1: Dokumente von 1945–1985, Paderborn u. Gütersloh (3. Aufl.) 2001, 595f.

12) Immerhin scheint es an der Bergischen Universität laut Internet z. Z. einen Lehrbeauftragten für Judaistik zu geben.

man von dergleichen ohnehin nur träumen. Dabei geht es auch anders, wie die Theologischen Fakultäten in Frankfurt und Mainz zeigen, an denen jeweils eine volle Professur für Judaistik eingerichtet worden ist. Das Rheinland, so muss man wohl sagen, ist hier ins Hintertreffen geraten.

Im Zuge der Sparmaßnahmen der Landeskirche ist auch die Studienleiterstelle an der Evangelischen Akademie im Rheinland, die für den christlich-jüdischen Dialog zuständig war, ersatzlos gestrichen worden. Dem Evangelischen Studienkreis „Kirche und Israel“ im Rheinland und in Westfalen, der jährlich Tagungen zu Themen des christlich-jüdischen Verhältnisses für Theologiestudierende beider Landeskirchen organisiert, fehlt seither der Ansprechpartner an der Evangelischen Akademie, an der ohnehin keine Tagungen mehr durchgeführt werden können.

Im vergangenen Dezember hat an der Evangelischen Akademie zu Berlin eine Tagung stattgefunden, auf der nach dem Stellenwert des christlich-jüdischen Dialogs in der theologischen Ausbildung in Deutschland gefragt wurde – mit einem ernüchternden Ergebnis: Im Zuge der Modularisierung des Theologiestudiums für Pfarr- und Lehramt ist der Bereich Judaistik bzw. jüdisch-christliche Beziehungen weitgehend unter den Tisch gefallen. Am ehesten besteht noch die Möglichkeit, jüdische Themen in Modulen wie „Religions- und Missionswissenschaft bzw. Interkulturelle Theologie“ oder „Interreligiöser Dialog“ unterzubringen. Dies ist zwar besser als nichts, aber es legt doch zugleich das Missverständnis nahe, als handele es sich beim Judentum um eine „Fremdreligion“ wie andere auch; dem entsprechend sind jüdische Themen in solchen Modulen nur eine fakultative Wahlmöglichkeit neben anderen. Das Fazit lautet demnach: „Es besteht [...] ein *Widerspruch* zwischen kirchlichem Selbstverständnis“, wie es in den kirchlichen Verlautbarungen und Ordnungen formuliert ist, „und theologischer Ausbildung in Bezug auf das Verhältnis zum Judentum und den christlich-jüdischen Dialog“.¹³

Alexander Deeg formuliert es drastischer: „Die am 11.10.2008 vom

13) Julia Nikolaus, Marie Hecke u. Bernd Schröder, Christlich-jüdischer Dialog und evangelisch-theologische Ausbildung in Deutschland. Ergebnisse einer Analyse der Studien- und Prüfungsordnungen für das Pfarramts- und Lehramtsstudium in Bezug auf jüdische und/oder jüdisch-christliche Lehrinhalte, 3.

Evangelischen Fakultätentag beschlossene und am 01.10.2009 in Kraft getretene ‚Rahmenordnung für den Studiengang Evangelische Theologie‘ widerspricht grundlegend den jahrzehntelang erarbeiteten Einsichten des christlich-jüdischen Gesprächs, den kirchlichen Erklärungen und Änderungen der Kirchenverfassungen [...]. Man kann Pfarrer oder Pfarrerin werden, ohne mit den Einsichten und Ergebnissen des christlich-jüdischen Gesprächs im Laufe des Studiums in Berührung gekommen zu sein und ohne Kenntnisse der Geschichte des nachbiblischen und gegenwärtigen Judentums erworben zu haben.“¹⁴

Dies ist ein Skandal, wenn man sich mit Deeg klar macht: „Das Judentum steht für Christinnen und Christen nicht einfach neben den anderen Religionen, sondern steht in einer fundamental anderen Beziehung, die in den vergangenen Jahren durch immer neue Familien-Metaphern zum Ausdruck gebracht wurde [...]. Judentum und Christentum sind eine Zwillingengeburt der Spätantike – und sind durch die Geschichte hindurch auf vielfältige, teilweise fruchtbare, viel häufiger aber hoch-problematische Weise aufeinander bezogen.“¹⁵ Aus dieser Erkenntnis ist endlich auch in der theologischen Ausbildung die Konsequenz zu ziehen. Eine evangelische Theologie, die ausklammert, was Karl Barth die „große ökumenische Frage“ genannt hat,¹⁶ nämlich das christlich-jüdische Verhältnis, kann nicht beanspruchen, wissenschaftlich genannt zu werden.

14) Alexander Deeg, ‚Judentum und ‚Christlich-Jüdisches‘ in der theologischen Ausbildung oder: Die Frage nach der Einzigartigkeit des christlich-jüdischen Verhältnisses als Grundfrage und die Folgen für die Ausbildungspraxis. Statement, Berlin, 05.12.2016, 2.

15) Alexander Deeg, a.a.O., 1.

16) Karl Barth (1966): „[...] wir sollen nicht vergessen, daß es schließlich nur eine tatsächlich große ökumenische Frage gibt: unsere Beziehungen zum Judentum“ (zit. nach: Hans Hermann Henrix, Ökumenische Theologie und Judentum, in: Freiburger Rundbrief 27 [1976], 27). Vgl. Manuel Goldmann, Die große ökumenische Frage. Zur Strukturverschiedenheit christlicher und jüdischer Tradition und ihrer Relevanz für die Begegnung der Kirche mit Israel, Neukirchen-Vluyn 1997.